

den müssen. Wenn wir uns vor zukünftigen Straftaten schützen wollen, dann sollten wir uns für eine Resozialisierung und faire Haftbedingungen einsetzen. Nur wer Menschlichkeit kennen lernt, der lernt menschlich zu handeln.

Das Verhältnis zwischen der alteingesessenen Opferhilfsorganisation „Weißer Ring“ und der Deutschen Allianz Kapitalverbrechen ist schwierig. Ihre Organisation bezeichnet die vom Weißen Ring geleistete Arbeit als „sehr gut, aber nicht mehr zeitgemäß“. Können Sie diese Kritik konkretisieren?

Ich war zwei Jahre Botschafter des Weißen Ringes und bin immer noch Mitglied. Viele andere Mitglieder der Deutschen Allianz Kapitalverbrechen sind dort ebenfalls Mitglied. Es wäre meines Erachtens absurd, sich gegen die verdiente Organisation Weißer Ring - die einzige Organisation, die bundesweit sofort vor Ort einsetzbar ist - stellen zu wollen. Wir tun das auch nicht, sondern wollen die Arbeit des Weißen Ringes ergänzen und nicht ersetzen. Die Deutsche Allianz Kapitalverbrechen wird sauber, unaufgeregt und seriös weiterarbeiten. Und ich bin mir sicher: In ein paar Jahren werden wir in die Zentrale des Weißen Ringes nach Mainz eingeladen werden und dort freundlich miteinander reden.

Wie bewerten Sie die bisherigen Reaktionen aus der Politik und den Behörden auf die Gründung der

Deutschen Allianz Kapitalverbrechen? Machen sie Ihnen Hoffnung? Fühlen Sie sich ernst genommen? Viele Politiker wollen von Herzen sicher gerne helfen, unterstehen aber der Gewaltenteilung und dem imperativen Mandat. Sie können nicht so, wie sie gerne würden. Wichtig ist zu verstehen, dass die Versorgung der Opfer Ländersache ist. Das stellt eine große Herausforderung für uns dar: Wir haben es von fortschrittlichen Versorgungssystemen, wie beispielsweise dem Landschaftsverband Rheinland (LVR), bis hin zu wirklich antiquarischen Behördenstrukturen in anderen Bundesländern zu tun. Die Behörden haben uns am Anfang unterschätzt. Seitdem wir die Kamerateams von „Report Mainz“, „Panorama“, „Fakt“ in die Ämter geschickt haben, wird unsere Sache deutlich ernster genommen. Kein Behördenleiter möchte sich in den Öffentlich-Rechtlichen vor mehr als drei Millionen Zusehern mit hochrotem Kopf stotternd erklären müssen.

Die an uns verübten Kapitalverbrechen bedeuten Quote und Auflage. Hier die arme Mama, deren beiden Kindern die Kehlen durchgeschnitten wurden und dort der Beamte. Die Ämter wissen, dass wir das jederzeit nutzen können. Aber wir tun es nur ungern, denn die Würde und der Respekt, den wir entgegen gebracht bekommen möchten, der muss auch für Sachbearbeiter der Ämter gelten. ■

Weitere Infos unter:  
[www.kapitalverbrechen.info](http://www.kapitalverbrechen.info)



## Viel Spekulation um Kriminalitätsrate bei Russlanddeutschen

Von unserem Redaktionsmitglied Peter Niggel, Berlin

Ein Löffel Teer verdirbt ein ganzes Fass Honig, besagt ein altes russisches Sprichwort. Dieser Löffel Teer sind die hartgesottenen Gesetzesbrecher unter den deutschstämmigen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion. Und inzwischen scheinen sich auch die Fachleute einig, dass aus diesem Löffel mehr und mehr eine Schöpfkelle zu werden droht.

Der Fall, an dem sich die Geister besonders schieden, ereignete sich im vergangenen Jahres war dort die ausgerechnet im Gebäude des Ägypterin Marwa El Sherbini ermordet worden. Ausgangspunkt für den Landgerichts in der sächsischen Lan

# Hintergrund

Mord an der 31-jährigen Marwa El Sherbini und gleichzeitig die erste Begegnung mit ihrem späteren Mörder, den 28-jährigen Russlanddeutschen Alex Wiens, waren die Beleidigungen, die Marwa El Sherbini auf einem Spielplatz in der Nähe ihrer Wohnung in Dresden erdulden musste.

In einem ersten Prozess wurde Alex Wiens dafür wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilt. Wie auch schon auf dem Spielplatz sprach er in diesem ersten Prozess Marwa und ihrer Familie das Recht ab, in Deutschland zu leben.

Der Russlanddeutsche erklärte in der Verhandlung, in der er sich wegen der Beleidigung der 31-Jährigen zu verantworten hatte, dass „nichteuropäische Rassen“ kein Recht hätten, in Deutschland zu leben. Daraus habe Wiens sein Recht abgeleitet, die in Dresden als Apothekerin tätige Ägypterin als „Islamistin“ und „Terroristin“ beleidigen zu dürfen. Prozessbeteiligte berichte-

ten, dass Wiens in aller Ruhe erklärt habe: „Ich finde es nicht in Ordnung, dass diese Monster nach dem 11. September nicht rausgeschmissen wurden.“

Wie fast immer in solchen Fällen, scheinen die Rechtfertigungen für das kriminelle Handeln weit hergeholt. Schon zehn Jahre vor der Dresdener Tat hatte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ unter dem Titel „Alles ist besser als Kasachstan“ über „Zuwanderer aus dem Osten“ berichtet, die einem idyllischen Städtchen eine Menge Probleme eingebracht hatten: „Fremde und Einheimische mögen sich nicht, die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Kriminalitätsrate dramatisch.“ Und im Oktober 2006 legte die Wochenzeitung „Die Zeit“ nach: „Lange galten Russlanddeutsche als unauffällige Einwanderer. Heute führen ihre Söhne die Gewaltstatistiken mit an. Ihre Taten sind scheinbar unmotiviert und auffallend brutal.“

Die Tat von Alex Wiens passt in diese Feststellung. Er war gegen das erste Urteil im Beleidigungsverfahren in Berufung gegangen. Bei diesem zweiten Prozess am 1. Juli 2009 griff er Marwa El Sherbini und ihren Mann mit dem Messer an und verletzte beide lebensgefährlich. Die schwangere Frau starb noch direkt im Gerichtssaal vor den Augen ihres dreijährigen Sohnes.

## 5 Neigung zu Rechtsextremismus

Im Oktober vergangenen Jahres begann der Mordprozess. Details

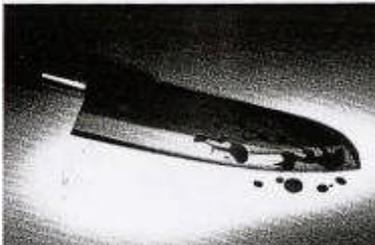
über Wiens wurden bekannt, auch seine Affinität zu den Rechtsextremisten und seine Kontakte zur NPD. Der Berliner „Tagesspiegel“ fasste zusammen: „Alex W. fühlte sich in Deutschland offenbar als Verlierer. In Russland hatte er einen Hauptschulabschluss und eine Lehre in Lagerwirtschaft gemacht. 2003 kam W. aus Perm, einer Stadt im Ural, in die Bundesrepublik. Er lernte rasch Deutsch, aber das war offenbar der einzige Erfolg in der neuen Heimat. Alex W. lebte in Dresden von Sozialhilfe und war zur Tatzeit Hartz-IV-Empfänger. Keine Stelle, keine Ehefrau, keine Kinder - W. entspricht ziemlich genau dem Klischee des frustrierten jungproletarischen Mannes, den das martialische, selbstbewusst erscheinende Auftreten von Rechtsextremisten fasziniert.“

Unklar bleibt weiter, ob W. schon in Russland auf Ausländerhass und vor allem Islamophobie programmiert war. Die Staatsanwaltschaft Dresden wartet noch auf Informationen der russischen Behörden zum Lebenslauf des Täters. Sicherheitskreise nennen die kursierenden Gerüchte, W. oder ein Angehöriger habe als Soldat in Tschetschenien gegen Rebellen gekämpft, potenziell plausibel: Zumal die Tat nicht nur vom Hass des Täters kündigt, sondern auch einer möglicherweise trainierten Schnelligkeit im Umgang mit einem Messer. In 32 Sekunden versetzte W. der Ägypterin 18 Stiche, außerdem verletzte er den Ehemann Elwy 0. schwer.“

Im November vergangenen Jahres wurde Wiens vom Landgericht Dresden für seine Tat zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, zugleich stellte das Gericht in seinem Urteil zugleich die besondere Schwere der Schuld fest. Damit ist eine vorzeitige Haftentlassung nach 15 Jahren so gut wie ausgeschlossen. Wiens Motiv war „Ausländerhass, der sich wie ein roter Faden durch den Aufenthalt des Angeklagten in Deutschland zog“, sagte die Vorsitzende Richterin Birgit Wiegand in der Urteilsbegründung. „Er tötete Marwa El Sherbini nicht aus Furcht oder Angst, sondern aus Rache. Dabei hat er bewusst ihre Arglosigkeit und Wehrlosigkeit ausgenutzt“, sagte die Richterin und sah damit wesentliche Merkmale eines Mordes erfüllt. Sie habe bei dem Angeklagten auch keine Reue erkannt. Während er sich selbst einer höheren Rasse zugehörig fühlte, habe Wiens die Ägypterin als minderwertig angesehen.

Alex Wiens schwieg auch am letzten Verhandlungstag. Er nahm das Urteil ruhig auf und versteckte sich in seiner Kapuze und hinter der Sonnenbrille. Wie alle Prozesstage zuvor auch. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Schon im März 1995 wusste der „Tagesspiegel“ von der Gefahr des Rechtsextremismus unter den Russlanddeutschen, die mit ihrer Rückkehr in die vermeintlich angestammten Heimat unzufrieden waren. „Die enttäuschten Hoffnungen können sie viel schlechter verarbeiten als die



Der Täter wusste offenbar, wie man ein Messer zum Töten benutzt.

# Hintergrund

jüngere Generation. Das Gefühl, mit anderen Einwanderern in Deutschland um den Platz an der Sonne kämpfen zu müssen, treibt viele der ohnehin konservativ geprägten Menschen dem rechtsextremistischen Gedankengut zu. Einige, gerade ältere Rußlanddeutsche, sehen in der Formel ‚Ausländer raus‘ tatsächlich eine Möglichkeit, ihre derzeitigen Probleme zu lösen.“ Diese gedankliche Neigung scheint sich, wie der Fall Wiens zeigt, dennoch auch auf die jüngere Generation übertragen zu haben. Die rechtsextremistische NPD hat sich zur letzten Bundestagswahl mit einem Arbeitskreis „Russlanddeutsche in der NPD“ an die Spätaussiedler gewandt, um dort Stimmen zu holen.

Der Fall Alex Wiens hat dazu beigetragen, dass die Gruppe der sogenannten Russlanddeutschen sich zweifellos in einem besonderen Fokus des öffentlichen Interesses wiederfindet. Je nach politischer Optik wird entweder für diese Volksgruppe eine Lanze gebrochen oder sie wird stigmatisiert. Tatsächlich treten dort, wo Russlanddeutsche in größerer Anzahl zusammenleben Rohheitsdelikte bis hin zur schweren Körperverletzung und Tötungsverbrechen in einem signifikanten Maße auf.

## Neigung zu Gewaltexzessen

Dass Jugendliche den sogenannten Aussiedler- oder Spätaussiedlerfamilien bisweilen durch Gewaltexzesse auffallen, kann ebenfalls nicht wegdiskutiert werden. Dabei

kann sich die Gewalt auch gegen Angehörige der eigenen Volksgruppe richten. Ein Beispiel aus dem oberbayerischen Ort Tacherting. Entsetzen und Sprachlosigkeit hatte dort der Doppelmord in der Nacht zum Sonntag, den 9. August, in dem 5.500-Einwohner-Ort ausgelöst. Im Umfeld einer privaten Feier von Russlanddeutschen waren ein 37-jähriger Mann und sein sieben Jahre älterer Schwager durch zahlreiche Messerstiche offensichtlich in einem wahren Blutausch niedergemetzelt worden.

Die drei Tatverdächtigen im Alter zwischen 21 und 23 Jahren - darunter zwei Brüder - hatten noch versucht, sich zu verstecken, wurden aber von der Polizei, die für die Fahndung unter anderem Hubschrauber einsetzte, festgenommen. Über die genauen Umstände - warum der Streit so dramatisch eskalierte, in welchem Maße sich die untereinander bekannten Opfer und Täter provoziert und angestachelt hatten - ist bislang nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Volker Ziegler, Sprecher der Staatsanwaltschaft Traunstein konnte fünf Monate nach der Tat lediglich erklären: „Die Ermittlungen laufen, da kann ich zum jetzigen Zeitpunkt keine Auskunft geben. ... Fest steht, dass reichlich Alkohol im Spiel war.“

Zwei Monate nach dem Doppelmord von Tacherting musste sich die Traunsteiner Staatsanwaltschaft wieder einem anderen Fall aus dem Milieu der Russlanddeutschen zu

wenden. Der Mord war Neuötting verübt worden. Drei Männer im Alter zwischen 30 und 37 Jahren mussten sich wegen Totschlags beziehungsweise Beihilfe zur Körperverletzung mit Todesfolge vor dem Landgericht Traunstein verantworten. Dem Trio wurde zur Last gelegt, ihr Opfer im Dezember 2008 aus Eifersucht auf eine Frau erstochen und die Leiche dann - mit einem Stein beschwert - in Neuötting im Inn versenkt haben.

## Opfer wird im Inn versenkt

Der 31-jährige Maler Edmund Brozmann, ein aus Russland stammender Deutscher, hatte in der Nacht zum 8. Dezember 2008 in Neuötting durch tödliche Messerstiche am Inn-Ufer sein Leben verloren. Danach wurde seine Leiche mit einem Spanngürt an einen großen Stein gebunden und im Fluss versenkt. Am 17. Januar 2009 entdeckten Spaziergänger unter der Autobahnbrücke in Neuötting etwa anderthalb Meter vom Ufer entfernt einen menschlichen Körper im Inn. Die Leiche wurde als der seit Dezember spurlos verschwundene Edi Brozmann identifiziert. Da der Inn im Januar wenig Wasser führte, gab er die Haupttäter, ein 37-jähriger kasachischer Lkw-Fahrer, schwieg zu den Vorwürfen der Anklage, die auf Totschlag, Freiheitsberaubung mit Todesfolge und gemeinschaftliche Körperverletzung lautet.

Die Mitangeklagten, ein 31-jähriger alter Chemiarbeiter aus der Rus-



**Wenn die Aussiedler nach Deutschland kommen, freuen sie sich, wie hier im Lager Friedland. Die Probleme tauchen oft erst später auf.**

schen Föderation und ein arbeitsloser 30-jähriger Kasache, sollen zur Körperverletzung und zu Freiheitsberaubung, jeweils mit Todesfolge, geleast haben. Gegen den Haupttäter Sergey M. verhängte das Landgericht am 20. Oktober vergangen Jahres 13 Jahre Haft. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass der 37-Jährige das sechs Jahre jüngere Opfer aus Eifersucht auf seine Lebensgefährtin erstochen hatte. Sie hatten von einer Mordanklage wegen Beihilfe zur Körperverletzung mit Todesfolge und Freiheitsberaubung zu jeweils fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Dass es mit den Russlanddeutschen, häufig auch als Spätaussiedler bezeichnet, im Landkreis Traunstein Probleme gibt, musste der zuständige Landrat schon im Jahr 2003 kon-

# Hintergrund

statieren. Ein besonderer Brennpunkt war dabei die Stadt Traunreut. „9.000 Spätaussiedler gibt es im Landkreis Traunstein (168.000 Einwohner), 4300 davon leben in Traunreut. Bei einer Einwohnerzahl von 21.500 macht dies fast 20 Prozent aus, wobei die hier geborenen Kinder nicht mehr erfasst werden. Die Zahl der Ausländer im Landkreis beträgt 10.400, in Traunreut selbst 2.400“, hieß es dazu in der Regionalzeitung. Etwas allgemein, aber in der Tendenz deutlich wird dann bemerkt: „Die Zahl der Straftaten pro 100 Einwohner beträgt auf Landkreisebene 4,7 Prozent, in Traunreut 6,8.“

Deutlicher wurde der Jugendrichter am Amtsgericht Traunstein, Dr. Klaus Burger, der sich mit Gewaltprävention beschäftigte: „Das Hauptklientel des Jugendgerichts stellen leider die jungen männlichen Spätaussiedler.“

Sehr häufig sind die Taten ganz offensichtlich nur mit einem sinnentleerten Leben zu erklären. Gewalt, um der Gewalt Willen. „Jugendliche Russlanddeutsche bringen Fuldaer Aschenberg in Verruf“, meinte die „Frankfurter Rundschau“ schon vor einigen Jahren und berichtete: „An die „Hexennacht“ vor fünf Jahren denken viele Menschen im Fuldaer Stadtteil Aschenberg mit Schrecken zurück. In den frühen Morgenstunden des 1. Mai 1999 lauerten 20 russlanddeutsche Jugendliche einigen Männern auf dem Heimweg auf. Aus mehreren Ecken stürmten die jungen Aussiedler auf ihre Opfer los,

traten und schlugen auf die Männer ein und verletzten sie schwer. Der Ehemann einer Gastwirtin kam mit einem Schädelbruch ins Krankenhaus. Die Motive konnte die Polizei nie genau klären.“

In den Augen vieler Bürger fallen junge Aussiedler besonders häufig durch Straftaten auf, meinte die FR damals und meldete „Hessens FDP forderte deswegen vor kurzem, Russlanddeutsche in der Kriminalitätsstatistik gesondert auszuweisen. Bislang sagen die Zahlen nichts darüber, ob sie tatsächlich häufiger straffällig werden.“

Insgesamt sei die Integration der Spätaussiedler „trotz zurückgegangenen Zuzugszahlen nicht leichter, sondern schwieriger geworden“, wie Welt selbst zugibt. „Dies liegt nicht zuletzt daran, dass der Anteil der mitreisenden Familienangehörigen erheblich gestiegen ist. Folge ist ein dramatischer Rückgang der Deutschkenntnisse“, schrieb der damalige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Jochen Welt (SPD), 2004 in einem Artikel im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Arthur Bechert, Vorsitzender der bayerischen Landsmannschaft gestand 2007 beim Jahrestreffen der russlanddeutschen Aussiedler in Wiesbaden Probleme mit russlanddeutschen Jungen ein, widersprach aber der Meinung, die jungen Männer würden oft kriminell. Statistisch gäbe es hierfür aber keine Belege.

## Keine aussagekräftigen Statistiken

Die Statistik ist in solchen Fällen ein immer wieder malträtiertes Instrument. Die Russlanddeutschen zählen im rechtlichen Sinne nicht zur ausländischen Wohnbevölkerung, weil sie nach Art. 116 Abs. 1 GG die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

In Nordrhein-Westfalen hat man den Versuch einer statistischen Erfassung beispielsweise schon vor Jahren wieder aufgegeben. In einer Mitteilung der Landesregierung vom September 2005 wurde dazu mitge-

teilt: Die nordrhein-westfälische Polizei stellt die statistische Erfassung der Straftaten von Spätaussiedlern ein. „Wir haben festgestellt, dass diese Daten wegen der fehlenden Vergleichswerte nicht aussagekräftig sind“, erklärte NRW-Innenminister Dr. Ingo Wolf am 22. September 2005 in Düsseldorf. Nachdem junge Russlanddeutsche bei der Polizei häufig wegen aggressiven Verhaltens aufgefallen waren, wurde seit dem 1. Januar 2004 in Nordrhein-Westfalen versucht, die Straftaten kriminalstatistisch zu erfassen und zu bewerten. Allerdings konnte die Kriminalitäts-

# Hintergrund

belastung nicht genau ermittelt werden.

Zwar sei die Zahl der Spätaussiedler bekannt, die dem Land NRW im Laufe der Jahre zugewiesen wurde, hieß es in der Erklärung. Da diese Menschen jedoch von Anfang an die deutsche Staatsbürgerschaft besäßen, wisse niemand mehr genau, wie viele von ihnen tatsächlich noch in NRW leben oder in andere Länder umgezogen sind. „Somit kann keine auch nur annähernd gesicherte Aussage über die Kriminalitätsbelastung von Spätaussiedlern im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen gemacht werden. Die Erfassung ist daher für eine kriminalistische Analyse wertlos, und sie wäre diesen Menschen gegenüber unfair“, führte Wolf aus.

Man darf jedoch - ohne die ganze Volksgruppe zu verunglimpfen - das Problem nicht kleinreden, es würde den Blick dafür verbauen, nach Lösungsansätzen zu suchen. So bleibt heute die Summierung der „Einzelfälle“, um sich ein Bild von der gegenwärtigen Situation zu machen.

## Spektakulär: der Holzklot-Mord

Besonders spektakulär war der sogenannte Holzklotz-Mord (siehe CD 2/09, S.46ff.). Wegen des tödlichen Holzklotzwurfs von einer Autobahnbrücke am Ostersonntag 2008 schickte das Landgericht Oldenburg im Mai vergangenen Jahres den Angeklagten Nikolai Hecht lebenslang in Haft. Das Gericht verurteilte den 1978 in Pobeda/Kasachstan geborene

nen Täter wegen Mordes, dreifachen Mordversuchs und vorsätzlichen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr. Hecht nahm den Urteilspruch ohne sichtliche Regung auf.

„Im Alter von 14 war Nikolai mit seinen Eltern und seinen beiden Schwestern nach Deutschland - zuerst in die Wesermarsch und dann nach Bitburg - gekommen. Seit zehn Jahren leben die Hechts in Wahnbeck - und fast genauso lang ist der Sohn der Familie der Polizei bekannt -- als Dieb, Einbrecher und Drogenhändler“, schrieb damals eine Oldenburger Zeitung in ihrer Online-Ausgabe. Ein nahezu klassischer Lebenslauf bei straffälligen Russlanddeutschen. In den folgenden Jahren fiel der Aussiedler regelmäßig negativ auf. Um seine Drogensucht zu finanzieren, beging der Sozialhilfeempfänger Ladendiebstähle und Einbrüche. Wiederholt musste er sich deswegen vor Gericht verantworten. Lange blieb es bei Bewährungsstrafen, betonte das Blatt. Dann wurde er wegen eines Raubes zu einer Haftstrafe verurteilt, die er in Oldenburg verbüßte. Auch bei Hecht wurde ein besonderer Hang zur Aggressivität festgestellt. Auch hinter Gittern fiel er durch Drogenmissbrauch auf. Seine damaligen Mitgefangenen beschreiben Hecht als aggressiv und fordernd.

Das Bundeskriminalamt konstatierte einen signifikanten Anteil der Russlanddeutschen unter den Drogenopfern. Wie man im „nur für den Dienstgebrauch“ vorgesehenen

„BKA - Rauschgiftkurier“ vor einiger Zeit feststellte, bleibe „der Anteil der Aussiedler an den Drogentoten in Relation zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands auf hohem Niveau.“

## Eigene Szene in Gefängnissen

Die Russlanddeutschen haben ihre eigene kriminelle Szene etabliert. In der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel druckte die Redaktion des Gefangenenmagazins „lichtblick“ einen Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ ab, in dem es in der Überschrift hieß: „Die russlanddeutschen Häftlinge haben sich in einem Bandensystem fast völlig abgeschottet.“ Offensichtlich traf dieser Bericht auch eine Befindlichkeit der Insassen in Tegel. Der Artikel aus dem Jahr 2007 befasste sich unter anderem mit der Drogensituation in bayerischen Haftanstalten, vorausgegangen waren größere Polizeiaktionen. „Alle Verdächtigen“, so das Blatt, „haben eines gemeinsam: Sie stammen aus Russland und sind Mitglieder des ‚Heiligen Abschtschjak‘, eines mafiösen Systems, das den Behörden schon seit Jahren Kopfzerbrechen bereitet.

Sie nennen sich ‚Diebe im Gesetz‘, schotten sich gegenüber den Bediensteten und Mitgefangenen ab und leben ihre eigene Subkultur. Sie sprechen einen Slang, den sogar russische Muttersprachler mit Dolmetscher-Diplom nicht verstehen. Tätowierungen und Frisuren gelten als Rangabzeichen. Die einzigen Regeln, an die sich halten, sind die Gebote

des ‚Heiligen Abschtschjak: Das ist ein aus dem Untergrund der Sowjetzeit stammender Ehrenkodex, auf den jeder neue Gefangene eingeschworen wird - ob er will oder nicht.... Angesichts des zunehmenden Einflusses des Abschtschjak verfasste das (bayerische Justiz-)Ministerium bereits im Jahr 2004 den internen Bericht ‚Handlungsstrategien im Umgang mit russlanddeutschen Gefangenen‘



im Gefängnis bilden Russlanddeutsche häufig vollständig abgeschottete Banden.

# Hintergrund

Die Wurzeln für die Gewaltbereitschaft und die kriminellen Abwege liegen auch in einem gewissen Maße in der Tradition solcher Volksgruppen. Titus Simon, Professor für Jugendarbeit und Jugendhilfeplanung an der Hochschule Magdeburg-Stendal, meint, es sei „nicht nur Armut und Arbeitslosigkeit der Eltern, die einige junge Ausländer • gewaltbereit machen, auch ein kulturellreligiöses grundiertes Züchtigungsgebot bleibt nicht ohne Belang. Besonders Türken, Russlanddeutsche und Jugendliche aus den Nachfolgestaaten Jugoslawiens leiden unter den Prügeleinwirkungen der Väter und naher Verwandter. Und wer als Kind diese Erfahrung macht, schlägt später möglicherweise selbst schneller zu. Aus diesem Milieu rekrutieren Jugendgangs ihre Mitglieder.“

## Unklare Bewertung

Bei der Bewertung der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung gibt es offensichtlich an vielen Stellen Diskrepanzen. Der Amtsrichter Olof Masch erhebt beispielsweise vor einiger Zeit schwere Vorwürfe gegen die Hamburger Polizei. Der Jugendrichter für den Hamburger Bezirk, in dem besonders viele Aussiedler leben, kritisiert laut „Hamburger Abendblatt“ das vom Landeskriminalamt erstellte „Lagebild Spätaussiedler“ als „unseriös“. Er

warf der Polizeiführung eine Beschönigung der wahren Lage vor ... Er selbst habe zeitweise das Gefühl, fast nur noch gegen junge Russen zu verhandeln, sagte der Amtsrichter.

Um diese Wahrnehmung zu untermauern, hat der Richter, die von ihm im Jahr 2005 bearbeiteten Fälle nach Geburtsorten ausgewertet. Ergebnis: Von 567 Tatverdächtigen zwischen 14 und 21 Jahren kamen insgesamt ein Drittel aus der ehemaligen Sowjetunion sowie Polen - eine „signifikant hohe Zahl. Ich fühle mich bestätigt“, sagte Masch. Bei den insgesamt 192 Gewalttätern, die sich etwa wegen Körperverletzung, Raub oder sexueller Nötigung vor Amtsrichter Masch verantworten mussten, waren sogar 37 Prozent der Beschuldigten

Aussiedler. Nicht selten würden die Täter dabei etwa bereits am Boden liegende Opfer sogar gegen den Kopf treten, ohne jegliches Mitgefühl zu empfinden.

Letztlich jedoch wird von offizieller Seite immer wieder unterstrichen, dass die Kriminalitätsbelastung unter den jungen Russlanddeutschen nicht höher sei als bei der einheimischen Bevölkerung. Im gleichen Atemzug wird darauf verwiesen, dass jedoch brauchbares statistisches Material nicht zur Verfügung steht. Ein gestandener Statistiker, der jedoch auch waltbereitschaft und die Härte bei jungen Aussiedlern höher liege. •